

## **Freiheit für Deutschland**

Aber, wir sind doch frei. Ja - wir besitzen die Freiheit, jederzeit in Urlaub zu fahren, wohin wir wollen, solange wir es bezahlen können. Wir können frei wählen, soweit die Parteien zur Wahl zugelassen werden. - Dies sind die Freiheiten der „glücklichen Sklaven“.

Wir dürfen es ertragen, daß unseren Kindern in der Schule Rauschgift verkauft wird, daß Millionen arbeitslos sind, daß organisierte Banden unsere Autos klauen, daß unsere jungen Frauen in Bordelle gepreßt werden, daß unsere älteren Bürgerinnen abends nicht mehr auf die Straße gehen können, daß Deutschland überschwemmt wird vom Verpackungsmüll, daß alle Menschen dieser Erde ein Recht haben, in unserem Land zu leben, daß fremde Kulturen unsere heimischen Sitten und Gebräuche verdrängen, daß unsere Landwirtschaft in den Ruin getrieben wird, daß unsere Wirtschaft überwiegend ausländischen Kapitalgebern gehört, daß unsere DM von Tag zu Tag weniger Wert hat, weil unsere Politiker auf Kosten der kommenden Generationen hemmungslos Schulden machen usw. usw. Wenn wir der Meinung sind, daß wir das Leben in Deutschland in freier Selbstbestimmung gestalten wollen - dann ist dies nur möglich, indem wir die dem deutschen Volk seit 1945, entgegen dem Völkerrecht auferlegten Beschränkungen abschütteln. Beschränkungen vom „Deutschlandvertrag“ über den 2+4-Vertrag bis hin zu den Verträgen von Maastricht

### **Unterstützen Sie uns bei der Verhinderung der Verträge von Maastricht und dem Erhalt unserer DM.**

Unser Bund für Gesamtdeutschland tritt zur Europa-Wahl 1994 an und kann nur mit einer genügend großen Unterstützung der Wählerinnen und Wähler den im Grundgesetz garantierten Nationalstaat erhalten.

Der Zusammenbruch der UdSSR und des Vielvölkerstaates Jugoslawien führt uns jeden Tag vor Augen, daß sich Völker mit unterschiedlichen Kulturen und Lebensgewohnheiten nur für einen kurzen Augenblick ihrer Geschichte in einen Staat pres-

sen lassen. Der angeblich freiwillige Zusammenschluß europäischer Völker in der EG entspricht dem Versuch eitler Politiker, in der Geschichte einen Platz zu erhaschen.

Horst Zaborowski

## **Mandat und Gewissen**

Die Übertragung eines Mandats erfolgt in verschiedenen Situationen an Personen, Firmen, Organisationen usw. In der Regel liegt es im Ermessen dessen, der das Mandat erteilt hat, dieses auch wieder zu entziehen.

**Ganz anders verhält es sich bei dem Mandat, das durch Wahlen den Politikern übertragen wird.** Von diesem Mandat auf Zeit einen Bundestagsabgeordneten vor Ablauf der Wahlperiode zu entbinden, bleibt dem einzelnen Wähler versagt.

Die Frage nach dem Gewissen des Abgeordneten, auf das sich dieser bei seinen Handlungen beruft, erhält eine für den Wähler, dem Mandatsgeber, besondere Bedeutung. (Wenn wir die Handlungen der Bundestagsabgeordneten des derzeitigen deutschen Bundestages werten, so sind für den einzelnen Wähler wie für das gesamte deutsche Volk lebensentscheidende Verträge geschlossen worden, zu denen diese Abgeordneten durch den Wähler nicht ermächtigt worden sind, weil entweder keinerlei Wahlaussagen vorlagen oder die Handlungen entgegen den in 40 Jahren getätigten Aussagen der politischen Klasse in der Bundesrepublik Deutschland erfolgten.)

Gewissen ist nicht meßbar, jedenfalls nicht mit mechanischen oder optischen Geräten. Der Wähler kann sich an Hand der Aussagen der Parteien und deren Bewerber zu Bundestagswahlen ein Urteil bilden. So der Wähler Bewerber persönlich kennt, ist eine Urteilsbildung erleichtert. In jedem Falle erfolgt die Mandatsübertragung, die Wahl des Bewerbers, auf Grund der Aussagen und Darstellungen der Parteien bzw. der Bewerber vor der Wahl! Können sich Abgeordnete bei ihren Entscheidungen auf ihr Gewissen berufen, wenn sie entgegen ihrer oder ihrer Parteien vor der Wahl getätigten Aussagen, der gegebenen Versprechen, handeln? Wahlaussagen sind Teil eines Vertrages, der zwischen dem Wähler und dem Gewählten geschlossen worden ist.

**Wenn es jedoch so sein sollte, daß Wahlaussagen nach dem Ausspruch „was stört mich mein Geschwätz von gestern“ zu werten sind, worin besteht dann noch der Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Diktatur ?**

Horst Zaborowski

### **Ein neues Schlagwort „Systemveränderer“**

Ein Schlagwort ist bekanntlich kein Argument, sondern ein Wort, das den Andersdenkenden „erschlagen“ soll. Zu DDR-Zeiten gab es das Wort vom „Klassenfeind“. Es genügte, von der Generallinie der Partei abzuweichen, um solchermaßen klassifiziert zu werden, was durchaus tödliche Folgen haben konnte. Ich erinnere mich, daß wir Pfarrer jährlich „zitiert“ wurden, um uns über die „Errungenschaften“ des Sozialismus belehren zu lassen. Bei der anschließenden Diskussion kam es einmal zu einer bezeichnenden Selbstentlarvung der Hüter der reinen Lehre. Als die kritischen Anmerkungen überhandnahmen, erklärte der Polit-Boß vom „Amt für Kirchenfragen“ mit großem Nachdruck: „**Meine Herren**, es gibt keinen verbesserlichen Sozialismus, es gibt nur den realentwickelten Sozialismus.“

Inzwischen haben wir die Einheit, und wie viele habe ich eine Stärkung des deutschen Nationalbewußtseins erwartet. Genau das Gegenteil ist der Fall. Solange der Ost-West-Konflikt bestand, war man durchaus geneigt, „rechte Tendenzen“ zu fördern. Im Zeichen des „Europagedankens“ (sprich: Herrschaft der Brüsseler Bürokraten und des internationalen Kapitals) wendet man sich gegen ein „Europa der Vaterländer“.

Das Wort „Vaterland“ wird nur noch als Schimpfwort oder als Ausdruck für die „ewig Gestrigen“ verwendet. Das riecht nach einer neuen Verschwörung gegen Deutschland: von innen durch die gesteuerten Medien, von außen, indem man uns Deutsche ständig an die braune Ära erinnert und zu demütigen Schafen auf der EG-Weide degradiert. Weiter: nachdem man in Ost und West gezielt jedes Nationalbewußtsein im Keime erstickt und zwei geschichtslose Generationen produziert hat, kamen aus London hämische Töne über die „feigen Deutschen“, die sich weigern, unter fremdem Komman-

do an allen Fronten der UNO (ein hoffnungslos zerstrittenes Gebilde wie der alte Völkerbund!) eingesetzt zu werden.

Und die selbe UNO, die bei Ölgeruch so schnell bereit war, zuzuschlagen, sieht seit zwei Jahren hilflos zu, wie im nahen Balkan „die Völker aufeinander schlagen“, genauer, wo jenes Serbien, das bereits den I. Weltkrieg verschuldete und auf Tito-Befehl massenweise deutsche Offiziere grausam umbringen ließ, nun die gleichen Verbrechen begeht, die man uns Deutschen bis an den Jüngsten Tag vorwerfen wird! „The Germans to the front!“, hieß es 1900 beim chinesischen Boxeraufstand.

Damals und immer wieder sind wir Deutschen gut genug, unser Blut für fremde Interessen einzusetzen. (Dazu gehören auch die Opfer an der innerdeutschen Grenze •*Die Redaktion.* ) Wer aber dagegen aufmuckt, der ist in dieser Demokratie ein „**Systemveränderer**“. Wenn es also keinen verbesserlichen (weil marxistischen!) Sozialismus gibt, gibt es folgerichtig auch keinen verbesserlichen (weil unverbesserlichen!) Kapitalismus! Konkret: das Wort „freie Marktwirtschaft“ ist ein Feigenblatt und Aushängeschild für ein monetäres System, das den Egoismus zur höchsten Staatstugend erklärt. Deutsche Menschen sollen 1994 zu Zehntausenden („Mitteldeutsche Zeitung“ vom 24.7.93) ihre Wohnungen verlieren, kein Dach über dem Kopf haben, in Hoffnungslosigkeit, Elend und Kriminalität gestürzt werden, während der Zustrom von Fremdstämmigen weitergeht! Hier ist was faul, aber nicht „im Staate Dänemark“ sondern **im deutschen Vaterland**, das kein Reich mehr ist, sich aber „Bundesrepublik Deutschland“ nennt.

„**Lieb Vaterland, magst ruhig sein**“, kam es jetzt über der Bildschirm, so undeutsch und zynisch wie in den „besten“ Weimarer Tagen. Ich bin sicher, diese dekadenten Filmemacher wissen nicht einmal, daß der miese Titel dem kerndeutschen Lied „**Die Wacht am Rhein**“ entnommen ist.

Bin ich also ein „Systemveränderer“? Sind es alle, die wieder ein anständiges, geachtetes Vaterland wollen?

Hoffen wir, daß dem unverbesserlichen Sozialismus nicht ein unverbesserlicher Kapitalismus gegenüber steht. Laßt uns endlich heimkehren nach Deutschland!

Walter Fischer., Sangershausen

**Aus Ausgabe September/Oktober 1993**

**Offener Brief**

an den Innenminister  
des Landes Sachsen  
Herrn Eggert  
01067 Dresden

Duisburg, den 09.09.93

**Betreff: Frage nach der im Grundgesetz Art. 5  
gewährleisteten Meinungsfreiheit im Lande  
Sachsen**

**Sehr geehrter Herr Eggert!**

Der Bund für Gesamtdeutschland (BGD)  
DIE NEUE DEUTSCHE MITTE

fragt:

Was gedenken Sie, Herr Minister, zu unternehmen,  
um die im Grundgesetz Art. 5 garantierte Meinungs-  
freiheit auch in Ihrem Amtsbereich zu gewährlei-  
sten?

**Begründung:**

Der Bund für Gesamtdeutschland (BGD) DIE  
NEUE DEUTSCHE MITTE hat am **4. und 5. Sep-  
tember 1993** an der Landesgrenze Sachsen/Schle-  
sien, in unmittelbarer Nähe der Grenzsteine bei  
Sohland, eine Demonstration durchgeführt.  
Diese Demonstration ist beim zuständigen Land-  
ratsamt angemeldet und von dort aus auch geneh-  
migt worden. Unsere Demonstration stand unter  
dem Motto:

**„Der Erhalt Schlesiens“.**

Wir vertreten unsere politische Meinung, daß die  
von der stalinistischen UdSSR entgegen dem Völ-  
kerrecht durchgeführte Abschaffung der Länder und  
Provinzen in Deutschland nach der Vereinigung von  
West- und Mitteldeutschland und dem Abschluß des  
2 + 4-Vertrages der Vergangenheit angehören soll.  
Nach der Vereinigung der Bundesrepublik Deutsch-  
land mit der Deutschen Demokratischen Republik  
gründeten sich die Länder Mecklenburg-Vorpom-  
mern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen  
und Sachsen.

Die Gründung eines Landes Schlesien wurde nicht  
vorgenommen, obwohl das Gebiet größer ist als  
z.B. das des Landes Bremen.

**Die Nichtrespektierung der schlesischen Iden-  
tität durch das Land Sachsen dokumentierte  
sich durch die Zuordnung der schlesischen  
Oberlausitz zum Lande Sachsen. Eine Provo-  
kation gegen die Schlesier stellt der Tag der  
Sachsen in der schlesischen Stadt Görlitz dar.**

Gegen diese Provokation richtete sich die Demon-  
stration des Bundes für Gesamtdeutschland (BGD)  
DIE NEUE DEUTSCHE MITTE.

Die von uns aufgestellten Transparente wurden von  
mit Messern bewaffneten, motorisierten Jugendli-  
chen zerschnitten, abgerissen und mit Gewalt an  
sich genommen.

**Garantieren Sie so die grundgesetzlich  
verbriefte Meinungsfreiheit ?**

Bund für Gesamtdeutschland (BGD)

DIE NEUE DEUTSCHE MITTE

Horst Zaborowski, Bundesvorsitzender

**Demonstration und Gewalt**

vor dem Hintergrund der Erfahrungen bei den vom  
BGD durchgeführten Demonstrationen: Der BGD  
führte Demonstrationen bei Bremen, Dresden,  
Bonn, Freiburg, Ludwigsburg und zuletzt an der  
Grenze zwischen Sachsen und Schlesien durch.

An diesen Demonstrationen nahmen leider immer  
nur wenige Freunde teil.

Dieser Umstand und insbesondere die vom BGD  
gestellten Forderungen: Erhalt der DM, kein deut-  
sches Blut für Somalia, Schlesien den Schlesiern,  
Breslau, Schlesiens Hauptstadt, 188 km, Görlitz ist  
Schlesien usw. bewog oft jugendliche „Andersden-  
kende“ zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen  
unsere Transparente.

Bei Besprechung der Lage mit den Ordnungskräften  
an der Grenze zwischen Sachsen und Schlesien bei  
Sohland zeigte sich die komplizierte Rechtslage.

Eine gewaltsame Zerstörung und Mitnahme der  
Transparente erfüllt lediglich den Straftatbestand  
des Diebstahls. Wenn wir als Demonstrationsteil-  
nehmer uns dagegen handgreiflich wehren, machen  
wir uns strafbar, es sei denn, uns wird das Not-  
standsrecht zugebilligt, was im Ermessen der Staats-  
anwaltschaft liegt.

Unabhängig von der Frage, ob wir bei einer so ge-  
ringen Beteiligung überhaupt Demonstrationen  
durchführen, sollten wir uns auf die Situation ein-  
stellen. Das heißt: Einen jederzeit einsatzbereiten  
Kommunikationsweg zu den Ordnungskräften si-  
cherstellen. Die Täter fotografieren oder filmen. Die  
Verfolgung der „Andersdenkenden“ der zuständi-  
gen Justiz überlassen. Die Presse über die Vorfälle  
informieren. Erst wenn sich dies bei den „Anders-  
denkenden“ herumspricht, wird das Recht auf freie  
Meinungsäußerung auch für uns Wirklichkeit wer-  
den.

Horst Zaborowski

### Die Masken fallen

In diesen Zeiten Hoffnungen zu zerstören, fällt nicht leicht. Nur - wer den Tatsachen nicht ins Auge sehen will, betrügt sich selbst.

Jede Generation erlebte politische Veränderungen, die in das Leben entscheidend eingriffen.

Eine solche politische Veränderung erleben wir in der zu Ende gehenden Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Dieses Parlament traf Entscheidungen, zu denen es vom deutschen Wähler kein Mandat hatte.

Kräfte in dieser Welt, die weder Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker noch auf das Völkerrecht nehmen, manipulieren durch ihnen gefügte Politiker und Medien die Gehirne der Menschen.

Es ist ihnen gelungen, den Deutschen, der seine Heimat, sein Volk und seinen Staat erhalten will, beständig, beharrlich, am Hergebrachten festhaltend, den Konservativen, der Welt als Rechtsextremen vorzuführen. Im Gegensatz hierzu bezeichnen sich Parlamentarier und politische Parteien als konservativ, obwohl sie:

- a) unseren Lebensraum Deutschland internationalen Geschäftemachern als „Industriestandort Deutschland“ anbieten,
- b) den im Grundgesetz ausgewiesenen deutschen Nationalstaat in eine multikulturelle Gesellschaft umwandeln,
- c) durch den Maastrichtvertrag Deutschland als Völkerrechtssubjekt auslöschen. - Und dies alles, ohne die deutsche Bevölkerung zu befragen.

Dies alles ist den Parteiführern der staaterhaltenden deutschen Parteien bekannt. Ebenso ist ihnen bekannt, daß keine ihrer Parteien alleine dies ändern kann. Wer heute noch Hoffnungen mit Gedanken von vorgestern weckt, betrügt seine Wähler in gleicher Weise wie die Parteien des Verrats. Die meisten Parteien reden oder schreiben nur für Deutschland - handeln jedoch im Interesse ihrer Parteien. (Siehe Tabelle auf der übernächsten Seite.) Wer nicht bereit ist, mit dem anderen zu sprechen,

wer sogar darauf hofft, daß der andere scheitern möge, übt in noch schlimmerem Ausmaß Verrat an Deutschland als die Verzichtsparteien.

**Nur um nicht alle Brücken abubrechen und eine Umkehr ohne Gesichtverlust und Einsicht in die Notwendigkeit der geschichtlichen Stunde den einzelnen Führern der deutschen Parteien zu ermöglichen, verzichte ich hier und heute auf die Offenlegung des Schriftverkehrs.**

Von der in Deutschland weit verbreiteten Unsitte der Gläubigkeit an die veröffentlichte Meinung (es hat ja in der Zeitung gestanden) rücken mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger ab. - **Leider wird aber immer noch ein Vorschlag danach beurteilt, von wem er kommt und nicht welche Aussage im Inhalt steckt**

Horst Zaborowski

### Auf Einsicht hoffend.

Hoffnung auf alte Sterne im neuen Glanz ?  
Auf ein offenes Wort

Wenn wir nicht mehr hoffen könnten, wäre das Leben in unserem Vaterland nicht zu ertragen. Nur - wem können wir unsere Hoffnungen so aufbürden, daß der Hoffnungsträger diese nicht nur tragen, sondern auch erfüllen kann? Wie lange sind wir bereit zu warten, wieviel Geduld können wir - und wieviel wollen wir - aufbringen? Viele Fragen, die ein jeder durch sein Verhalten beantwortet.

Der Bund für Gesamtdeutschland (BGD) bemüht sich seit 1990 auf mehreren Wegen, die Hoffnungen der Heimatvertriebenen von jenseits und diesseits der Oder/Neiße-Linie in der Öffentlichkeit zu vertreten. Wenn die meisten Menschen in Deutschland von unserer Existenz bisher nichts erfahren, so liegt dies auch zum Teil daran, daß wir keine „Sterne“ in unseren Reihen haben. -

**In den Reihen des BGD** befinden sich jedoch Mitstreiter für Deutschland als Heimat aller Deutschen in den völkerrechtlichen Grenzen, die bereit sind, dies auch auf den Straßen und Plätzen der Bundesrepublik zu vertreten. Zugegebenermaßen sind wir eine sehr kleine Zahl. In den vergangenen Jahren hätte es uns sehr geholfen, wenn die „Sterne“ nicht

nur in gut geheizten Sälen vor erlesenem Publikum ihren „Kampf“ geführt hätten, sondern uns bei unseren Demonstrationen auf den Straßen unterstützt hätten. - Dies zu den „Sternen“.

Unseren Freunden und Mitgliedern, die uns auf vielfältige Weise unterstützt haben, möchten wir nochmals recht herzlich danken. Leider konnte uns der größte Teil alters- und gesundheitsbedingt auf Straßen und Plätzen nicht die gewünschte Unterstützung geben. Wir sagen ihnen allen nochmals Dank, daß sie uns ihre Unterstützungsunterschrift zukommen ließen.

Leider sind auch Mitglieder und Freunde von „Sternen“ und „Propheten“ geblendet worden. Diese Freunde und Mitglieder bitte ich zu überdenken, daß der BGD an der Wahl zum Europaparlament hätte teilnehmen können, wenn:

- a) sie uns treu geblieben wären,
- b) den Weissagungen, daß durch eine Wahlverweigerung etwas bewegt werden könnte, nicht geglaubt hätten,
- c) mitgeholfen hätten, die Unterstützungsunterschriften für die Wahl zum Europaparlament beizubringen.

**So aber kann der BGD nicht teilnehmen, der Aufbruch 94 ebenfalls nicht, und die Wahlverweigerung kommt den etablierten Parteien zugute. - Wem ist damit geholfen ?**

Die Stimme für das Recht auf die Heimat des deutschen Volkes diesseits und jenseits der Oder/Neiße-Linie wird bei der Werbung für die Europawahl im Fernsehen nicht zu vernehmen sein.

Wie Sie aus der Auflistung auf der nächsten Seite ersehen können, stehen wir mit einigen kleinen Parteien alleine da.

Die meisten Parteien stellen die Interessen ihrer Partei (Teilhabe an der Wahlkampfkostenerstattung) über den Einsatz für unser Vaterland.

Und trotzdem können alle helfen und insbesondere die, die dem Glanz der „Sterne“ und den Weissagungen der „Propheten“ verfallen waren. Der BGD wird an der Bundestagswahl nur mit Direktkandidaten antreten. Damit nehmen wir keiner aussichts-

reichen Partei Stimmen weg und wir können trotzdem im Fernsehen unsere Meinung einer großen Wählerschar vor Augen führen.

Die Anzahl der uns zu gewährenden Sendezeiten wird wesentlich von der Zahl unserer Direktkandidaten abhängen.

Darum meine Bitte, wer zu einer Direktkandidatur bereit ist, melde sich bitte bei der Geschäftsstelle. Die Einzelheiten der Unterstützung usw. werden dann abgeklärt. - Glauben Sie bitte, so schwer wie dies den Anschein hat, ist eine Direktkandidatur nicht.

Ihre Entscheidung sollte jedoch bald erfolgen, denn unser größter Feind ist neben den Verzichtsparteien die uns enteulende Zeit.

In heimattreuer Verbundenheit

Horst Zaborowski

### **Freunde - Förderer - Mitglieder**

Unseren Bund für Gesamtdeutschland (BGD) unterstützen 30mal soviel Freunde und Förderer als wir Mitglieder zählen.

Unsere Struktur ist bewußt so aufgebaut, weil gerade bei unseren älteren Freunden eine Scheu besteht, Parteien beizutreten. Zudem bietet der BGD mit seinen Arbeitskreisen praktische Hilfe, die sonst nicht zu erhalten wäre. Wenn in den vergangenen Wochen und Monaten einige von Ihnen einen Mitgliedsausweis zugestellt bekamen, ohne sich einer Mitgliedschaft bewußt zu sein, so bitten wir, dies nicht als Anlaß zu nehmen, unserem Kreis künftig fernzubleiben. Diese, von der Schatzmeisterin des BGD dankenswerterweise durchgeführte Klärung ist notwendig geworden, weil der BGD eine politische Partei ist. Durch das Parteiengesetz ist der BGD gehalten, seinen Mitgliederstand dem Bundestagspräsidium zu melden.

Der Bund für Gesamtdeutschland (BGD) ist eine Gemeinschaft von Freunden, Förderern und Parteimitgliedern, die sich für den Erhalt der Heimat aller Deutschen in einem eigenen Staat auf der Grundlage der völkerrechtlichen Grenzen einsetzen. Dies können wir nur mit der Unterstützung aller so weiterführen. Ich bitte weiterhin um Ihre Mithilfe auf allen Gebieten.

In heimattreuer Verbundenheit  
Horst Zaborowski, Bundesvorsitzender

## Angebot zur Koalition an 42 staaterhaltende deutsche Parteien

Ergebnis zur besseren Übersicht in Tabellenform:

	keine Antwort	abgelehnt	gesprächsbereit	ergebnislos
Aktuelle Demokratische Partei			X	
Aktion Freies Deutschland Arbeitslosenpartei		X	X	
Aufbruch 94 - Deutscher Freier Wählerbund	X			
Autofahrer- und Bürgerinteressen-Partei Deutschland		X	X	
Bayernpartei			X	X
Bund Frankenland	X			
Christliche Liga		X	X	X
Christliche Mitte		X	X	X
Christlich Soziale Rechte			X	
D-Mark-Partei	X			
Demokratie 2000	X			
Demokratie Jetzt	X			
Demokratische Erneuerung			X	
Demokratische Republikaner Deutschlands			X	
Deutsche Heimat Partei		X		
Deutsche Liga für Volk und Heimat		X		
Deutsche Nationalisten			X	
Deutsche Partei			X	
Deutsche Volksunion		X		
Die Bürger	X			
Die Deutschen Konservativen	X			
Die Mitte		X		
Die mündigen Bürger	X			
Die Republikaner	X			
Die Unabhängigen	X			
Freie Wähler	X			
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei	X			
Freiheitliche-Sozialistische Volkspartei			X	
Freisoziale Union			X	X
National Demokratische Partei Deutschlands			X	
Nationale Alternative	X			
Nationale Liste	X			
Nationaler Block	X			
Nationalkonservative Gruppe			X	
Neues Bewußtsein			X	
Thüringer Volkspartei	X			
Unabhängige Arbeiter Partei		X	X	
Unabhängige Wählergem. Schleswig-Holstein	X			
Unabhängige Wählergem Niedersachsen	X			
Wählergemeinschaft Deutsche Allianz	X			
Wir sind das Volk	X			

## Kandidatinnen und Kandidaten des BGD für die Europa-Wahl am 12. Juni 1994



### Bewerber

Lothar Bollwig  
BGD-Landesvorsitzender NRW  
Stukkateurmeister, vereid. Sachverständ.  
geb. 1932 in Puggerschow



Siegfried Neubacher  
BGD-Bezirksvorsitzender Oberfranken  
selbständ. Kaufmann  
geb. 1941 in Ostpreußen



Brigitta Koschany  
BGD-Schatzmeisterin  
Bankangestellte i. R.  
geb. 1930 in Schlesien



Reinhard Bouchain  
BGD-Schatzmeister LV. Niedersachsen  
Kaufmann i. R.  
geb. 1921 in Ostpreußen



Kurt Axnick  
BGD-Landesvors. Schleswig-Holstein  
Pensionär  
geb. 1913 in Ostpreußen



Bernd Lutzke  
Kraftfahrer  
geb. 1956 in Nordrhein-Westfalen



Dr. Heinz-Harald Pockrandt  
stellv. BGD-Landesvorsitzender Hessen  
Zahnarzt  
geb. 1916 in Westpreußen



Waldemar Hink  
stellv. BGD-Landesvorsitzender NRW  
Techniker der Tiermedizin  
geb. 1952 in Schlesien



### Ersatzbewerber

Horst Zaborowski  
BGD-Bundesvorsitzender  
Geschäftsführer i. R.  
geb. 1926 im Rheinland



Dr. Erdmuthe Idris  
Ärztin, Dr. med.  
geb. 1925 in Niederschlesien



Gerda Saborowski-Baltruschat  
BGD-Schriftführerin  
Rentnerin  
geb. 1922 in Ostpreußen



Norbert Gawlytta  
BGD-Schatzmeister LV Hessen  
Kaufm. Angestellter  
geb. 1937 in Schlesien



Gerd Haida  
Bildredakteur  
geb. 1941 in Schlesien



Wolfgang Koska  
Beisitzer im BGD-Bundesvorstand  
Industrie-Kaufmann  
geb. 1919 in Schlesien



Elisabeth Kaufhold  
Direktrice im Ruhestand  
geb. 1924 in Schlesien



Uwe Karg  
BGD-Schatzmeister LV NRW  
Dipl.-Ingenieur  
geb. 1966 in Nordrhein-Westfalen



Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1994 in Duisburg - und Erich Gerlach war hier immer dabei.

### Bundestagswahl 1994

Nachdem der Bund für Gesamtdeutschland am 11. April 1994 in Bonn beim Bundeswahlausschuß seine Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament zurückgezogen hatte, strebten wir die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1994 an. Um keiner zur Zusammenarbeit zu gewinnenden Parteien Stimmen wegzunehmen und auch um unsere Kräfte und Mittel zu schonen, beteiligten wir uns bei der Bundestagswahl 1994 nur in einem Wahlkreis in Duisburg. Bei der Sammlung von Unterstützungsunterschriften half unser Wolfgang Koska. Sein Bekanntheitsgrad bei den Heimatvertrieben in Duisburg war sehr groß. Durch die Teilnahme an der Bundestagswahl in einem Wahlkreis hatten wir den Anforderungen die das Parteien- sowie das Grundgesetz an Parteien stellt, erfüllt. Sitzung des Kreiswahlausschusses war am **19. September 1994** im Rathaus Duisburg.

In den kommenden Jahren, 1995 und 1996, bemühte ich mich um Zusammenarbeit mit Parteien und Gruppen. **Dazu reiste ich kreuz und quer durch die Bundesrepublik Deutschland.**

Ob in persönlichen Gesprächen in Stuttgart (REP) oder Leipzig (DSU), um nur zwei von vielen der Parteien die nicht im Bundestag der BRD vertreten sind zu nennen, die Ergebnisse waren gleich. Ob Parteien oder Gruppen - Zusammenarbeit ja, aber bitte schön unter unserer Flagge etc.

Als Ereignisse sind zu vermelden: 11. Febr. 1995 DEMO in Dresden (bei strömendem Regen). 20. Mai 1995 Tagung Hannover. 13. September 1995 zum 90. Geburtstag Korvettenkapitäns Hubert Schlüter eingeladen. Anwesend unter vielen hohen Offizieren der Kriegsmarine - Generaladmiral Saalwächter, Admiral Poser usw. 19. September 1995 in Stuttgart beim Landeswahlleiter wegen Wahlbeteiligung der Landtagswahl am 24. März 1996. 27./28. März 1996 in Rottweil, abräumen der Wahlwerbung.

30. September 1995 in Münster Sitzung des VGG. 2. März 1996 Gasthaus Löwen in Stuttgart, Besprechung Vorbereitung Landtagswahl Baden-Württemberg im März 1996. 21. März 1996 Verwaltungsgericht Dresden. 4. Mai 1996 Treffen mit Herrn Metzner in Münster. 14. Mai 1996 mit Herrn Kirse beim Vortrag von Alt-Bundespräsident von

Weizsäcker in den Räumen der Deutschen Bank in Düsseldorf. Weizsäcker setzte sich groß für die Globalisierung ein. 6. Juli 1996 Gespräche bei Herrn Dr. Hüttenbach. (Frau Brust, Prof. Brilla, Prof. Kunze und Dr. Heinz Miegod aus Kapstadt/RSA.) 28. August 1996 Kassel Tagung, Hotel Hueke.

19. Okt. 1996 Vortrag in Parchim. 25. Okt. 1996 Prof. Bracht Vortrag in Düsseldorf HDO, Sudetenzimmer. 26. Okt. 1996 Paletta in Pleinfeld aufgesucht. 1. Nov. 1996 Versammlung in Hagen. 5. Jan. und 19. Jan. 1997 Dr. Hüttenbach Bonn Gespräche. 11. Febr. 97 Kassel Tagung. 8-9. März 97 Kassel Tagung. 12. März 97 Bonn bei Kulturstiftung der Vertriebenen. 8. Mai 97 BGD in Erfurt. 17. Mai 1997 Ostpreußentreffen. 1. Juni 97 Kassel. 21. Juni 97 Erfurt Gründungsversamml. 5. Juli 97 DEMO in Bonn. 12-13. Juni 97 in Nürnberg Vertriebentreffen Zettel Eigentum verteilt. 19. und 26. Juli 97 Demo Bonn. 10. August Treffen Haese, Kappel und weitere. 14. Sept. 97 Versamml. bei Haese. 20. Sept. 97 Demo Bonn. 27. Sept. 97 Wohlfeld Vers. in Damm am See. 12. Okt. 97 Versammlung Verden. 12. Okt. 97 Demo Leipzig. 26. Okt. 97 Leipzig LV-Gründung. 15. Nov. 97 Gespräche mit DSU in Leipzig. 29. Nov. 97 Kongreß WDHE Gotha. 30. Nov. 97 Vers. Erfurt. 13. Dez. 97 Versammlung Berlin. 17. Dez. 97 Landtag Stuttgart Gespräche mit Dr. Schlierer von den REP.



Bund für Gesamtdeutschland  
Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche  
Wählergemeinschaft  
- DIE NEUE DEUTSCHE MITTE -  
Bundesvorstand

Herrn  
Heinz Sprodowski  
78727 Oberndorf

Rundbrief an alle Mitglieder im Landesverband  
Baden-Württemberg des BGD

Duisburg, den 13.01.1996

Liebe Freunde und Mitstreiter,  
auf der Mitgliedervollversammlung am 03. Januar  
1996 wurde in Rottweil-Feckenhausen folgender  
Vorstand für Landesverband Baden-Württemberg  
des BGD gewählt:

Landesvorsitzender: Günter Voss, 78628 Rottweil,  
Stellv. Landesvorsitzender: Heinz Sprodowski,  
78727 Oberndorf,

Landesschatzmeister: Horst Schneider,  
79639 Grenzach,

Schriftführer: Horst Schneider, 79639 Grenzach,  
Beisitzer: Hans Lorek, 71282 Hemmingen.

Der Kreisverband Rottweil des BGD beabsichtigt,  
an der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit  
dem Kandidaten Günter Voss, 78628 Rottweil teil-  
zunehmen. Die Vorbereitungen sind getroffen.

Zur Teilnahme müssen bis zum 7. Februar 1996  
noch mindestens 150 Unterstützungsunterschriften  
aus dem Wahlkreis 53 Rottweil beigebracht wer-  
den. (Der Wahlkreis 53 Rottweil umfaßt des Ge-  
biet des gesamten Landkreises Rottweil.)

Ich bitte Sie, wer in diesem Gebiet Freunde oder  
Bekannte hat, schreibe diese an (evtl. anrufen) und  
bitte um eine Unterstützungsunterschrift.

Unterstützungsformulare können, der knappen Zeit  
wegen, dann vom LV-Vorsitzenden direkt an Ihre  
Freunde und Bekannten verschickt werden.

Bitten Sie dann Ihre Freunde und Bekannten auch  
darum, daß diese ihre Unterschrift auf der Gemeinde  
bestätigen lassen, um Herrn Voss den Weg zu den  
verstreut liegenden Gemeinden zu ersparen.

In der Zeit vom 22. bis 27. Januar und vom 29.  
Januar bis 3. Februar 1996 wird vom KV-Rottweil  
in Rottweil, auf der Hochbrückentor Straße, an der  
Kapellenkirche, ein Informationsstand aufgestellt.  
Wer in diesem Zeitraum nach Rottweil kommen  
kann (in der Zeit zwischen 8.00 bis 18.30 Uhr),

bitte ich um Unterstützung des Kreisverbandes  
Rottweil. Der Informationsstand ist in ca. 10 Mi-  
nuten Fußweg vom Bahnhof Rottweil zu erreichen.  
Diesem Schreiben liegt der Entwurf eines Flugblat-  
tes bei, wie dieses am Informationsstand verteilt  
werden soll. Bitte um Zustimmung oder weitere  
Anregungen.

In heimattreuer Verbundenheit  
Horst Zaborowski, Bundesvorsitzender



Text auf dem Wahlkampf-Plakat:

**Maastrichter Vertrag 1993**  
»Und wenn die Melk-Kuh nicht mehr auszupressen ist,  
wird sie geschlachtet - und wir verkaufen Fleisch, Fell  
und Knochen!«

Mit Schreiben vom 12.01.1996 „An den Landes-  
wahlleiter des Landes Baden-Württemberg, Herrn  
Zimmermann, Postfach 10 24 43, 70020 Stuttgart,“,  
wurde unter dem Aktenzeichen 2-1055-96/6 die  
Anfrage vom 11.01.96 beantwortet.

Sehr geehrter Herr Zimmermann!

Am Mittwoch, den 03. Januar 1996 wurde in  
Rottweil-Feckenhausen auf der Mitgliedervoll-  
versammlung gemäß der Satzung des BGD in der  
Gaststätte Rebstock, Gartenstraße, der Vorstand  
des Landesverbandes Baden-Württemberg wie folgt  
gewählt:

Namen, Funktionen und Wohnort bitte aus **Rund-  
schreiben**, wie links oben dargestellt, entnehmen.



Demo des BGD vor dem Vertriebenen-Denkmal in Böblingen, Berliner Straße am 7. Januar 1997. **rechts:** Heinz Sprodowski vor dem Denkmal.



Unter der Losung „Über 50 Jahre Vertreibung bis heute ungesühnter Völkermord/Völkerrechtsbruch“ versammelten sich am 7. Januar 1997, dem Jahrestag der Abstimmung über die Verfassung für den Freistaat Schlesien, über 20 Mitglieder und Freunde des BGD in Böblingen am Mahnmal mit unseiner völkerrechtlichen Grenzen (gegenüber der Paul-Gerhard-Kirche). Es ist bezeichnend für den Rechtszustand in der Bundesrepublik Deutschland, wenn hier in Böblingen (Baden-Württemberg) ein Mahnmal steht, oft von linken Chaoten beschmiert, so doch von der Stadtverwaltung dankenswerterweise immer wieder gesäubert, und in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) noch nicht einmal die Aufstellung eines Gedenksteines erlaubt wird. Alle an dieser DEMO Beteiligten konnten nicht auf einem Bild gezeigt werden (es wären sonst weder Personen noch Schrift zu erkennen). In der Stadiongaststätte fand anschließend eine Gedenkstunde „Ein Jahr Verfassung Freistaat Schlesien“ statt. Die Gründung einer Schlesischen Volksbank und die zukünftige Gestaltung Schlesiens wurden lebhaft diskutiert. Es wurde die Ausrichtung eines Schlesiertages in Niesky beschlossen.

### **Einladung zur 1. Landkreistagung des Arbeitskreis Verfassung Land Schlesien / Freistaat Schlesien**

**Thema der Tagung:** Wie gestalten wir die Rückübernahme Schlesiens in eigene schlesische Verwaltung.

**Tagungstermin Freitag 20. 06. bis Sonntag 22. 06. 1997 Tagungsort Görlitz/West**

**Freitag:** Anreise der Teilnehmer gegen Nachmittag, abends zwangloses Zusammensein. Wer morgens

anreist, evtl. Gang über die Oder-Neiße-Linie.  
**Samstag:** 09.00 - 09.15 Begrüßung der Teilnehmer durch den Bundesvorsitzenden des BGD, Herrn Horst Zaborowski und des Geschäftsführer des AK Verfassung Land Schlesien, Herrn Wolfgang Mai-kranz, dabei Gedenken der Toten von Flucht und Vertreibung und der gefallenen deutschen Soldaten.

09.15 - 11.30 Bericht des Geschäftsführer des AK Verfassung Land Schlesien mit Folien am Tageslichtprojektor, dabei neueste Informationen zur Gründung der Schlesischen Landesbank von Herrn Horst Zaborowski, Bundesvorsitzender des BGD und über weitere aktuelle Themen.

**Privat-Eigentum-Sicherung (PES),** allgemeine Information anschließend Diskussion.

12.00 - 13.00 Mittagessen

13.00 - 18.00 Einleitung zur Grundsatzdiskussion zum Tagungsthema, Einstieg in die Probleme der jetzt beginnenden Landkreisarbeits-

a) Rückhalt für Landtagskandidaten der DFK aus den polnisch besetzten Gebieten

b) Berichte aus den polnisch besetzten Gebieten von Freunden aus den DFK

c) Situation der Deutschen in dem nach Völkerrecht immer noch widerrechtlich besetzten Gebieten, gegen Abend Fortsetzung der Arbeitsdiskussion.

**Sonntag:** 08.30 - 12. 00 Bildung von Arbeitsgruppen mit konkreter Themenstellung.

A) Ergänzung der Kandidatenliste,

B) Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft,

C) Radio/TV,

- D) Kommunikationstechnik / Fernmeldewesen,
- E) Transportwesen, Straße und Schiene,
- F) Postwesen, Postleitzahlen,
- G) aktuelle sonstige Themen, anschließend Berichte aus den Arbeitsgruppen.

Gegen 16.00 Abschluß der Tagung mit dem gemeinsamen Lied:

**„Kehr ich einst zur Heimat wieder“**

Bitte geben Sie uns bitte Nachricht, ob Sie teilnehmen!! Anschrift: W. Maikranz, In den Erlen 2,  
67480 Edenkoben

Tel/Fax: 06323/980726. Wer mit der Deutschen Bundesbahn anreist, bitte mitteilen, wann Ankunft in Görlitz, Abholdienst vom Hbf. Görlitz wird von dort organisiert.

gez. W. Maikranz

**Informationsblatt Nr. 6  
Aus der Arbeit des Arbeitskreises  
Verfassung / Freistaat Schlesien  
im Bund für Gesamtdeutschland**

Vom 21.06.1997 bis 22.06.1997 führte der Arbeitskreis Verfassung Land Schlesien auf schlesischem Boden, in Görlitz/West, seine erste Landkreistagung durch.

Dazu waren sehr viele Teilnehmer angereist. Besonders möchte ich die Landtagskandidaten aus den besetzten Gebieten und den Vorsitzenden des Zentralrats der vertriebenen Deutschen hervorheben. Durch die Kandidaten aus den besetzten Gebieten bekamen wir ein besseres Bild von ihrer Arbeit vor Ort.

Die Arbeit wurde zum Teil auf mehrere Schultern verteilt und es gab lebhaftes Diskussionen über die erwartete Rückübernahme Schlesiens in eigene schlesische Verwaltung. Haupttenor war der Rückhalt für Landtagskandidaten aus den polnisch besetzten Gebieten. Auch konnte ein neuer Landtagskandidat gewonnen werden. Im Vorfeld der Tagung erreichten den Arbeitskreis Verfassung/Freistaat Schlesien vier Einverständniserklärungen zur Kandidatur, sie kamen alle aus Oberschlesien. Dort ist schon bald alles flächendeckend mit Landtagskandidaten belegt.

Es wurden einige Arbeitsgruppen im AK Verfassung gebildet: Arb.grp. Landwirtschaft, Arb.grp. Postwesen und die Arb.grp. Werbung, dieses ist die wichtigste Aufgabe für uns, weil wir von anderen

Organisationen totgeschwiegen werden und deshalb diese Aufgabe selbst bewältigen müssen.

Es stehen aber noch andere Arbeitsgruppen zur Auswahl, die leider noch nicht besetzt worden sind, diese sind: Transport (Straße und Schiene), Radio/TV und das Fernmeldewesen. Jeder Schlesier und natürlich auch jeder Nichtschlesier ist zur Mitarbeit aufgerufen, denn der Weg nach Schlesien, in die Heimat, ist weit und steinig. Jeder, der in die Heimat fährt, soll sich umsehen und dem Arbeitskreis Verfassung/Freistaat Schlesien berichten, nur so können Informationen und Anregungen gesammelt werden.

Ebenfalls wurde über die Einrichtung einer schlesischen Panoramastraße gesprochen, die von Görlitz nach Jauer über das Riesengebirge gehen soll. Dafür werden zwischenzeitlich die Voraussetzungen mit Freundschaftskreisen geschaffen. Die ersten Übernachtungsmöglichkeiten bei Landsleuten in mehreren Orten sind schon vorhanden. Natürlich müssen die Vorstellungen von Komfort zurückgeschraubt werden. Dieses wird auch in dem zur Zeit erarbeiteten Prospekt deutlich werden. So bekommen wir wieder mehr Deutsche nach Schlesien und Landsleute, die während der Vertreibung in der Heimat bleiben mußten, bekommen die Möglichkeit, wieder deutsch zu sprechen. Nehmen wir z. B. Frau „Viktoria“ aus einem Dorf bei Jauer, sie kommt nicht mehr raus aus Schlesien, sie leidet darunter, daß sie wie ein Irrlicht herumirren muß. Diese liebe alte Frau würde auch Gäste aufnehmen. Sie wohnt nämlich an der geplanten Panoramastraße.

Diese Aufgabe ist sehr umfangreich und aufwendig, deshalb benötigen wir Ihre, ja Ihre Mithilfe auf dem Weg zurück in die Heimat Schlesien. Die Tagung war also, wie Sie sehen, ein großer Erfolg, aber leider auch mit großen Kosten verbunden. Die Landtagskandidaten aus den besetzten Gebieten, die großen Mut und große Einsatzbereitschaft zeigen, sind ja nicht im Besitz von Deutscher Mark, deshalb übernahm der Arbeitskreis Verfassung/Freistaat Schlesien die Kosten für ihre Übernachtung. Für ihr leibliches Wohl sorgten Teilnehmer, die spontan die Kosten für ihr Essen übernahmen.

Zum Schluß dieses Berichtes möchte ich Sie recht herzlich um eine kleine Spende für den AK bitten, weil, wie Sie sehen, die Tagung und die uns gestellten Aufgaben einige Löcher in die Kasse gerissen haben. Sie können versichert sein, daß die Spen-

den nicht in einem aufgeblasenen Verwaltungsapparat versickern, sondern ausschließlich für die Arbeit für Schlesien verwandt werden.

Herzlichen Dank im voraus und Schlesien Glückauf gez. W. Maikranz

**Arbeitskreis Verfassung Land Schlesien /  
Freistaat Schlesien im Bund für Gesamt-  
deutschland ( BGD)**

Fax: 0203/64238 Gesamtverantwortung i.S.d.P.  
Horst Zaborowski.

**Liebe schlesische Landsleute**

Der nächste Schritt hat nun begonnen. Weil unsere Landsleute in einem hohen Alter sind und noch etwas für unser Schlesien tun wollen, haben wir uns entschlossen, schon jetzt mit der Sammlung der Unterstützungsunterschriften zu beginnen. Wie Sie unten sehen, sind für ein Drittel der Wahlkreise schon Bewerber/innen vorhanden. Es ist erfreulich, daß sich auch viele Landsleute aus den besetzten Gebieten bereit erklärt haben, für Schlesien zu kandidieren. Aus verständlichen Gründen müssen wir diese Kandidaten/innen besonders schützen. Schlesier, welche ihren Heimatwahlkreis mit einem Vermerk „Kandidat/in“ versehen vorfinden, können zur Zeit keine Unterstützungsunterschriften abgeben. Sobald wir für dieses Problem einen Weg gefunden haben, werden wir sie unterrichten

- 1 Breslau/Stadt Herbert Jeschioro
- 2 Breslau/Land
- 3 Brieg Heinz Sprodowski
- 4 Waldenburg/Land/Stadt
- 5 Frankenstein/Schlesien
- 6 Glatz
- 7 Groß-Wartenburg
- 8 Guhrau
- 9 Habelschwerdt
- 10 Militsch Helmut Becker
- 11 Namslau
- 12 Neumarkt
- 13 Oels
- 14 Ohlau
- 15 Reichenbach/Euleng. , Gerhard Hilse
- 16 Schweidnitz
- 17 Strehlen ..... Dr. med. Erdmuthe Idris
- 18 Trebnitz

- 19 Wehlau
- 20 Glogau ..... Walter Konrad
- 21 Görlitz/Stadt
- 22 Görlitz/Land
- 23 Bunzlau ..... Dankfried Schwalm
- 24 Fraustadt
- 25 Freystadt in Schlesien
- 26 Goldberg ..... Siegfried Hasler
- 27 Grünberg i. Schlesien
- 28 Hirschberg ..... Siegfried Raabe
- 29 Hoyerswerda
- 30 Jauer ..... Wolfgang Maikranz
- 31 Landshut Herbert Polte/Frau Rösler
- 32 Lauban
- 33 Liegnitz/Stadt
- 34 Liegnitz/Land
- 35 Löwenberg/Schles ..... Rolf Gläser
- 36 Lüben ..... Dr. se. Johannes Hertrampf
- 37 Rothenburg/Oberlausitz
- 38 Sprottau ..... Archit. Martin Gandtke
- 39 Beuthen Stadt/Land
- 40 Gleiwitz/Stadt
- 41 Tost-Gleiwitz/Land
- 42 Hindenburg/Stadt ..... Georg Bednarek
- 43 Tarnowitz
- 44 Cosel
- 45 Falkenberg O/S
- 46 Groß-Strehlitz ..... Kandidat/in
- 47 Grottkau
- 48 Guttentag
- 49 Kreuzburg O/S
- 50 Leobschütz
- 51 Neiße ..... Joseph Herde
- 52 Neustadt O/S
- 53 Oppeln/Stadt ..... Kandidat/in
- 54 Oppeln/Land ..... Kandidat/in
- 55 Kattowitz
- 56 Rybnik/Stadt/Land
- 57 Ratibor
- 58 Rosenberg O/S
- 59 Hultschiner Ländchen ..... Kandidat/in

**Kandidaten-Vorstellung**

kann gegen Rückporto bei der Geschäftsstelle:  
W. Maikranz, 67480 Edenkoben, In den Erlen 4,  
angefordert werden.

Ihre Unterstützungsunterschrift können Sie nur für einen Kandidat/en/innen in ihrem Heimatwahlkreis abgeben! Für Wahlkreise, für die noch kein Bewerber benannt ist, bitten wir Sie um Vorschläge.

Von Ihnen ausgefüllte und handschriftlich unterschriebene Unterstützungsformulare bitten wir Sie, an den Arbeitskreis Verfassung Land Schlesien, 02807 Görlitz, Postfach 30 02 12, zu senden. Fordern Sie weitere Formblätter an oder kopieren Sie diese zusammen mit diesen Zeilen.



**oben:** Wolfgang Maikranz bei der Aktion Winterhilfe Schlesien im Jahr 1998. **unten:** Frau Rösler packt zusammen mit anderen Schlesierinnen die gespendeten Sachen aus.



### Demos in Bonn Beethovenplatz

jeweils am 5. Juli, 19. Juli und 26. Juli 1997  
 Unsere Demos am 19.-21.4. 1993 und 15.06.1993 am Museum in Bonn waren von den Ordnungskräften gut geschützt. In der Zwischenzeit hatten sich die politischen Verhältnisse bei „unseren Freunden“ radikalisiert. Wir mußten davon ausgehen, daß unsere, meistens ältere Freunde, den geplanten, und nachgewiesener Maßen eingetretenen Überfällen ausgesetzt werden.

Wir besannen uns auf althergebrachter Verteidigung in einer Wagenburg, die wir aus Gerüsten aufbauten. Dank an Herrn Bollwig.

Auf dem untersten Bild zeigt unser Freund Heinz Sprodowski mit entschiedenem Blick seine Schlesierfahne. Mit dem festen Griff hielt und schwenkte er diese auch bei der Demo in Dresden anlässlich des Besuches der engl. Königin. Die Ordnungskräfte konnten ihm diese nur entreißen, indem sie ihm mehrer Finger seiner Hand brachen..



Demonstrationen des BGD auf dem Beethovenplatz in Bonn am 5. und 19. Juli und am 26. Juli 1997.

